

An die Vorsitzenden des  
Jugendhilfeausschusses und  
des Sozialausschusses  
Frau Schoppe und  
Herrn Sandt

## **Informationsvorlage**

zu TOP I / 1. der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses am 21.06.2006

### **Integration von jugendlichen und heranwachsenden Einwanderern und Einwanderinnen aus den GUS-Staaten**

Seit geraumer Zeit gibt es vornehmlich im Stadtteil Meerbusch-Osterath vermehrte Probleme mit jugendlichen, zumeist männlichen Spätaussiedlern. Es handelt sich dabei um eine nur schwer zugängliche Gruppe, die insbesondere durch ihre Gewaltbereitschaft auffällig ist. Diese Gewaltbereitschaft rührt her aus den häufig anderen Vorstellungen über Gewaltanwendung und -toleranz durch die Lebensumstände und aus den Erfahrungen der Jugendlichen aus ihren Herkunftsländern. Gewalt hat in diesen Ländern einen anderen Stellenwert und ein tradiertes Männlichkeitsbild, das einen aggressiven Umgangston und Gewalt als Problemlösung vorgibt, trägt zur Verschärfung der Situation bei. Gerade die jugendlichen männlichen Spätaussiedler kämpfen in Deutschland mit einer zunehmenden Perspektivlosigkeit. Die oftmals mangelnden Sprachkenntnisse, fehlende Bildungsabschlüsse und die allgemein schlechte Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt hemmen oder verhindern die Integration dieser Gruppe. Diese mangelnden Zukunftsperspektiven, enttäuschte Erwartungen und häufige Frustrationserlebnisse auch durch die z.T. massive Zurückweisung der Aufnahmegesellschaft führen oftmals zum Rückzug in die eigene Gruppe, die Sicherheit und Rückhalt gibt. Die „russische“ Identität erhält innerhalb dieser Gruppe einen besonders hohen Stellenwert. Zusätzlich wird die Situation der Jugendlichen auch durch den oftmals bestehenden Konflikt innerhalb der Familien erschwert. Der „Lebenstraum“ der Eltern ist vielfach aufgrund von Arbeitslosigkeit und eigener Perspektivlosigkeit geplatzt. Der Einfluss der Eltern auf ihre Kinder geht verloren, die Kinder reagieren mit zunehmender Respektlosigkeit, die wiederum den familiären Konflikt verschärft.

Ausdruck der Perspektivlosigkeit ist zudem auch der extrem hohe Alkoholkonsum. In den Heimatstaaten als gesellschaftlich adäquat angesehen, führt die Alkoholisierung hier zu verschärften Problemen. Viele (Gewalt-)Straftaten geschehen in berauschem Zustand.

Über die Jahre kam es in den Übergangwohnheimen in Meerbusch-Lank an der Wittenberger Straße und in Meerbusch-Osterath an der Paul-Klee-Straße immer wieder zu Ruhestörungen und Problemen mit der Nachbarschaft. Durch Intervention der Verwaltungsmitarbeiter, die die Jugendlichen und ihre Familien innerhalb ihrer Wohnungen aufgesucht und zahlreiche Gespräche geführt haben sowie durch die beratende Tätigkeit der Freien Träger Caritas und Diakonie in den Unterkünften konnten die Probleme bisher stets begrenzt und z.T. auch gelöst werden. Darüber hinaus findet in den Jugendzentren „Atrium“ in Meerbusch-Lank und „Sky-Club“ in Meerbusch-Osterath seit Jahren eine gezielte Kinder- und Jugendarbeit für jugendliche Spätaussiedler statt. Dadurch wird den Kindern und Jugendlichen zum einen ein Schonraum angeboten, in dem sie sich untereinander treffen können, zum anderen aber auch das Ziel der Integration verfolgt, die jungen Menschen in die „allgemeinen“ Aktivitäten der Einrichtung einzubinden und Kontakte zu anderen Jugendlichen herzustellen.

Ein seit Jahren bestehender Facharbeitskreis aller in der Aussiedlerarbeit tätigen Mitarbeiter der Wohlfahrtsverbände, Jugendzentren, Polizei und Verwaltung berät regelmäßig über die Situation und versucht, erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

So gab es im Rahmen der Betreuungsarbeit z.B. im Jahr 2001 auch ein großes Nachbarschaftsfest an der Paul-Klee-Straße und im Jahr 2002 an der Wittenbergerstraße, das von allen beteiligten Institutionen, aber auch von den Aussiedlern selbst, als großer Erfolg angesehen wurde.

War bei den ersten Generationen der jugendlichen Spätaussiedler noch ein großer Integrationswillen zu finden, so hat sich dies in den letzten Jahren zunehmend verändert. Die heutige Gruppe Jugendlicher wollte zum Großteil nicht nach Deutschland, musste jedoch ihrer Familie folgen. Ein Großteil dieser „mitgenommenen Generation“ wird von den bestehenden Angeboten der Sozialen Arbeit in Meerbusch erreicht, ihre Integration verläuft trotz vieler Schwierigkeiten weitestgehend erfolgreich. Die jetzt auffällige Gruppierung nimmt die bestehenden Angebote jedoch nicht wahr. Die Mitarbeiter aus den bisher tätigen Institutionen können sie aufgrund der unterschiedlichen Mentalität und fehlender Sprachkenntnisse nicht erreichen.

Eine Zuspitzung der Lage ist seit 2005 verstärkt zu erkennen. Die polizeiliche Statistik weist für das vergangene Jahr über 40 Einsätze im Bereich Osterath (Osterather Rathauspark, Aldi Parkplatz, Ostara-Gelände) aus. Eine Lösung des Problems kann jedoch durch polizeiliche Maßnahmen nicht herbeigeführt werden. Hier findet ausschließlich ein Verdrängungsprozess statt. Die Gruppe „wandert“ somit durch Osterath. Dazu kommt eine große Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener, die nicht – oder aber nicht mehr – in Meerbusch ansässig sind. Der Standort Osterath hat sich dabei durch seine verkehrsgünstige Lage (DB-Bahnhof, K-Bahn Haltestelle, Busverbindungen, gute Autobahnanbindung) als besonders attraktiv herauskristallisiert. Von der Bevölkerung wird diese Gruppenpräsenz junger Männer als sehr bedrohlich wahrgenommen, tatsächlich erfolgte Übergriffe wie z.B. der auf einen Jugendlichen, der im Krankenhaus behandelt werden musste, manifestieren die Ängste.

Durch die Verwaltung und die bisher in der Aussiedlerarbeit Tätigen wird daher zum jetzigen Zeitpunkt der Einsatz von Fachkräften, die sowohl über eine sozialpädagogische Ausbildung als auch über die erforderlichen Sprachkenntnisse verfügen, als dringend erforderlich angesehen. Mit den Jugendlichen der Gruppe muss Kontakt hergestellt, in einzelnen Gesprächen müssen die bestehenden Probleme der jungen Menschen analysiert und Lösungswege aufgezeigt werden. Dies kann jedoch nur durch einen Prozess, der zunächst Vertrauen schafft und darüber eine Perspektive entwickelt, erreicht werden. Die notwendigen flankierenden Hilfen können dann wieder durch die bestehenden Institutionen erbracht werden. Dies sind z.B. die Vermittlung von Sprachkursen, Sportangeboten oder aber auch Hilfestellung bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche.

In verschiedenen Studien zur Wirksamkeit solcher Projekte – u.a. durch den Landespräventionsrat 2006 – hat sich gezeigt, dass insbesondere Angebote, die an den Bedürfnissen, Defiziten und Risikofaktoren der Betroffenen ansetzen, nachweislich Erfolge verzeichnen können. Dabei ist die Einbindung in bereits bestehende Angebote und Strukturen für eine nachhaltige Veränderung der Situation erforderlich.

In der Sitzung der Jugendhilfeplanungsgruppe am 31. Mai 2006 wurde über die derzeitige Meerbuscher Situation beraten. Die Mitglieder der Planungsgruppe sprachen sich dabei ebenfalls für eine zusätzliche, gezielt auf die Problemgruppe abgestimmte Arbeit mit Fachkräften aus. In der Sitzung stellten zwei Träger ihre Projekte vor.

Dies war zum einen der **SKM** Neuss (Sozialdienst Katholischer Männer) der seit Jahren die aufsuchende Sozialarbeit in Neuss – Erfttal betreibt. Der SKM beschäftigt dort einen russischsprachigen Sozialarbeiter, der selbst über einen Migrationshintergrund verfügt.

Als Zweites stellte sich der Verein **AVP** (Akzeptanz-Vertrauen-Perspektive) aus Düsseldorf vor, der seit ca. drei Jahren in der Integrationsarbeit im Großraum Düsseldorf aktiv ist und derzeit projektorientiert in Langenfeld, Düsseldorf-Rath und Hilden arbeitet. Der AVP arbeitet dabei mit Honorarkräften, die ebenfalls über Migrationshintergrund und entsprechende Sprachkenntnisse verfügen.

Auf Nachfrage der Verwaltung erklärte der **SKM** Neuss, dass er derzeit keine Möglichkeiten sehe, die Arbeit in Meerbusch aufzunehmen. Der Verein **AVP** könnte die Arbeit leisten, ein entsprechendes Angebot wurde den Mitgliedern der Planungsgruppe bereits vorgelegt.

Weitere Recherchen der Verwaltung, ob andere Anbieter zur Aufnahme der dringend erforderlichen zusätzlichen Sozialarbeit für und mit jugendlichen Spätaussiedlern, Angebote unterbreiten können, verliefen negativ. Sowohl beim Landesjugendamt Rheinland als auch beim Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen konnten keine weiteren Anbieter für eine konkrete Projektarbeit in der Stadt Meerbusch ermittelt werden.

In Vertretung

Hans Mattner-Stellmann  
Beigeordneter